

Rede

Kiel, 25.02.2011

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Entwicklung der Stromnetze in Schleswig-Holstein**

Der Bericht verdeutlicht noch einmal eindrucksvoll die Lage in Bezug auf die Stromnetze. Im Bericht können wir lesen, dass die Erneuerbaren Energien bis 2015 doppelt so viel Leistung erbringen werden als wir in Schleswig-Holstein aus Kraftwerken beziehen. Die installierte Leistung von Kernkraftwerken beträgt rund 3.500 Megawatt, von der allerdings bekanntlicherweise nicht immer jedes Megawatt genutzt wird, und Kohlekraftwerke machen 900 Megawatt aus. Hält man dem die erwarteten Werte für erneuerbare Energien in Höhe von 8.600 bis 10.300 Megawatt entgegen, kann man glaube ich schon ermessen, wie wichtig es für unser Land ist, dass der Strom aus erneuerbaren Energien auch ins Netz eingespeist werden kann.

Bisher ist dies aber noch nicht geschehen und deshalb erleben wir, dass Netzengpässe dazu führen, dass der Strom unserer Erzeuger nicht vollständig ins Netz eingespeichert werden kann. Das heißt – um es deutlich zu sagen – dass den Investoren hier Geld verloren geht, weil der Staat nicht für die nötige Infrastruktur sorgt und dass wir als Staat Geld verlieren, weil Steuern nur für den Strom gezahlt werden, der auch ins Netz eingespeist wird.

Vor diesem Hintergrund war es natürlich Unsinn, dass die Berechnungsgrundlagen nach denen eine Wirtschaftlichkeit von neuen Stromleitungen ermittelt werden, so gefasst wurden, dass sich nur eine Art von Stromleitungen herauskristalisieren konnte. Im Bericht spricht man nämlich von einem angeblichen Gegensatz zwar für erneuerbare Energien zu



sein, sich aber gegen Stromleitungen zu wenden. Dass ist natürlich völliger Unsinn. Die Menschen sind nicht gegen Stromleitungen, sie sind nur gegen Freileitungen an den Standorten, an denen sie nicht hin gehören. Und dies aus guten Gründen. Erdkabel zerstören nicht das Landschaftsbild und die mögliche Strahlungsbelastung ist auch geringer. Weiter – und das sollte eigentlich mitentscheidend sein – sind Erdkabel auch langfristig kostengünstiger.

Es gibt also keinen Gegensatz zwischen der Befürwortung von erneuerbaren Energien und Netzausbau. Vielmehr wollen die Menschen, dass die günstigste und unschädlichste Methode angewandt wird. Und deshalb war es ein riesiger politischer Fehler, dass man der Stromnetzlobby in die Hände gespielt hat und die vorgeschriebenen Wirtschaftlichkeitsberechnungen für neue Investitionen in Stromleitungen so gestaltet hat, dass am Ende nur Freileitungen herauskommen konnten. Hier fühlen sich die Menschen vor Ort immer noch von den betreffenden Politikern veräppelt. Nach unserer Auffassung, müsste vielmehr über einen längeren Zeitraum unter Einschluss von Instandhaltungskosten, Ersatzinvestitionen und zu erwartenden Nutzungsentgelten eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für Projekte aufgestellt werden müssen.

Warum sage ich das alles? Weil wir zwar die formellen Verfahren für die 110KV-Leitung zwischen Breklum und Flensburg abgeschlossen haben, aber das in der Hauptsache anhängige Klageverfahren vom Gericht noch nicht entschieden worden ist. Sollten hier die betroffenen Kläger Recht bekommen, was ich für durchaus realistisch erachte, dann wäre das Projekt erst einmal gestoppt. Zufrieden wären dann die Kläger die Recht bekommen würden und die E.ON, die dann nicht ausbauen kann und so natürlich auch nicht den ungeliebten ÖKO-Strom einspeisen müsste. Verlierer wären die Menschen die investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen und die Bürgerinnen und Bürger, für die weniger Steuern eingenommen werden würde.

Bei all den Planungen, die im Bericht aufgeführt worden sind – und die wir teilen – ist das immer noch das größte Problem. Und dieses Problem ist hausgemacht. Das bisherige Gesetz hierzu ist einfach schlecht gemacht und gegen die Interessen der Investoren und Bürgerinnen und Bürger gerichtet. Wir haben hier kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Defizit in der Umsetzung.

Vor diesem Hintergrund, erscheinen die anderen Probleme erst einmal kleiner. Aber auch hier wird es Zeit, schnell mit guten Lösungen aufzuwarten. Wir brauchen zwar Leitungen, die den zukünftigen Offshore-Windstrom an Land bringen können. Aber wir benötigen auch Investitionen in die Häfen – vor allem an der Westküste – damit sich die Offshore-Windkraft überhaupt weiterentwickeln kann. Ohne eine vernünftige Infrastruktur an Land nützt nämlich der beste Netzausbau nichts. Und hier ist gerade auch die



Landesregierung gefragt.

Da wir ohnehin im Wirtschaftsausschuss demnächst mit der Windenergiebranche sprechen wollen, bitte ich diesen Bericht in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.